

Herausforderung „Forschungswende“

Problem und Bedürfnis

Klimawandel, Ressourcenverknappung und Urbanisierung – dies sind nur einige der großen Transformationsherausforderungen der Gesellschaft, auf die das Wissenschaftssystem Antworten finden soll. Bislang konzentriert sich die Wissenschaft im Wesentlichen auf technische Innovationen und Effizienz. Dies reicht jedoch für den geforderten kulturellen Wandel in eine nachhaltige Gesellschaft nicht aus. Damit die Wissenschafts- und Forschungspolitik partizipativer und transparenter wird, bringen sich als Pioniere des Wandels die zivilgesellschaftlichen Organisationen (ZGO) stärker in Wissenschaft und Forschung ein.

Die Forderung nach der Transformation der Wissenschaft nimmt Nachhaltigkeit als normatives Ziel. Der WBGU Jahresbericht 2011 (siehe auch Schneidewind, Singer Brodowski 2013) stellen fest, dass sowohl Wissen fehlt, wie die gesellschaftliche Transformation gestaltet werden kann (Transformationsforschung) als auch transformationsrelevante Fachwissen (transformativ Forschung).

„Dies erfordert, dass Forschungsstrukturen und -inhalte auf ihre aktuellen und möglichen Beiträge zur Transformation überprüft und zielgerichtet gebündelt werden. Eine produktive, umfassende Ausrichtung von Wissenschaft und Forschung an den Erfordernissen der Großen Transformation könnte durch einen neuen Vertrag zwischen Wissenschaft, Gesellschaft und Wirtschaft erreicht werden. (...) Innerhalb eines solchen Kontrakts würde sich die Gesellschaft verpflichten, relevante Probleme zu identifizieren, zu priorisieren und der Forschung zu vermitteln. Die Gesellschaft würde sich ebenfalls verpflichten, ausreichende Mittel zur Erforschung der identifizierten Probleme zur Verfügung zu stellen. Im Gegenzug würde sich ein stetig zunehmender Teil der Wissenschaft sowie der Wirtschaft verpflichten, sich verstärkt an gesellschaftlichen Zielen im Rahmen der Großen Transformation zu orientieren. Zusätzlich müsste sich Forschung nicht nur an den Beurteilungen durch die eigene Fachdisziplin messen, sondern auch relevante und glaubwürdige Lösungen für die identifizierten Probleme entwickeln. Für die Politik würde dies nicht nur die Erhöhung der Forschungsausgaben bedeuten, sondern auch die Aufgabe, gesellschaftliche Dialoge über die Ziele, die die Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten leiten sollen, anzustoßen.“ (WBGU 2011, S. 342)

Diesen Auftrag nimmt das Projekt auf und bündelt die Aktivitäten der ZGO. Diese repräsentieren im Gegensatz zu Staat und Großforschungseinrichtungen einen echten Pluralismus an Werten und Zielen. Um diesen Pluralismus einbringen zu können, müssen die Governancestrukturen in der Wissenschaftspolitik angepasst werden.

Auf der anderen Seite gilt es, die wissenschaftspolitische Kompetenz in den Verbänden zu stärken. In Dialogprozessen kann sich ein vielfältiges, gemeinsam erarbeitetes System-, Ziel- und Umsetzungswissen herausbilden. Um eine nachhaltige Entwicklung zu realisieren, muss transdisziplinär an gesellschaftlich relevanten Forschungsfeldern und Strategien gearbeitet werden. Dieser Prozess ist institutionell auf längere Sicht zu gestalten.

Transformationswissen ist gefragt

Innovation ist nicht genug. Wir brauchen eine Exnovation (Joachim Spangenberg Workshop 19.02.2013), um Probleme loszuwerden (wie Klima, verstopfte Straßen, Müll etc.). Zukunftsfähige Mobilität ist ein gutes Beispiel für fehlende Lösungen:

Die effizientesten Zweisitzer PKW emittieren heute, bei 10.000 km/a, rund 2 t CO₂/a. Elektroautos werden unerschwinglich bleiben. PKW werden ein Luxus, den sich Wenige leisten können oder wollen, so die übereinstimmenden Szenarien der Wissenschaft. Forschungsthemen wären daher:

- Wie wird die Wirtschaft versorgt?
- Welchen ÖPNV brauchen wir?
- Warum noch Brücken, Straßen, Tiefgaragen bauen?
- Wo ist der Bundeswegeplan für 90% weniger PKW?

Doch die Antwort der Hightech-Strategie der Bundesregierung bleibt in den alten Denkschemata der automobilen Mobilität. Ein Beispiel: Das „Leuchtturmprojekt Elektromobilität“ vergibt an Porsche (Reingewinn im Jahr 2011: 1,46 Mrd. Euro) 3,7 Millionen Euro für die Umrüstung von drei Boxster-Sportwagen mit Elektromotoren. Entwicklungsziel des Forschungsprojekts: „ein Spurtvermögen von 5,5 Sekunden für den Sprint von 0 auf 100, und eine Höchstgeschwindigkeit von 200 km/h“. Insgesamt finanziert die Bundesregierung die Forschung zur Auto-Elektromobilität mit einer Milliarde Euro.

Demokratisierung der Forschungspolitik

Die Frage liegt nahe, welchen Zielen die Forschungspolitik dient und wer diese vorgibt. Theoretisch geht in der Demokratie die Macht vom Volke aus und repräsentiert sich im Parlament. Die Legislative jedoch ist strukturell sehr viel schwächer als die Regierung. Die Expertise sitzt in der Administration, verstärkt durch Kommissionen wie die Forschungsunion¹. Zudem bestimmt gerade in der Forschungspolitik Europa mit der Lissabon Strategie und seinen milliardenschweren Forschungsrahmenprogrammen (FRP) entscheidend die nationalen Forschungspolitiken mit. Die Bundestagsabgeordneten im Forschungsausschuss des Deutschen Bundestages erfahren sehr viel weniger Gestaltungsmacht als das Bundesministerium für Bildung und Forschung. Die Regierungen agieren zunehmend auf der Europäischen Ebene und entfernen sich immer mehr von der Gesellschaft, die Vermittlung über den Bundestag leidet unter der zunehmenden Entmachtung und Schwächung im Zuge der europäischen Integration. Zugleich jedoch bindet sich die Regierung immer stärker an ökonomisch starke Partner wie die Automobilindustrie, die Chemische Industrie, die großen Energieversorger, denn diese stellen sich als unverzichtbare Experten für Innovation an die Seite der Bundesregierung sowohl national als auch in Europa.

Diese doppelte Entfremdung der politischen Steuerung von Wissenschaft & Forschung von den zivilgesellschaftlichen Akteuren führt zu Trade offs, die immer sichtbarer werden. Statt einer möglichst großen Vielfalt an Lösungswegen, die zu gesellschaftlich robusten und nachhaltigen Zukunftswegen führen, werden in nicht öffentlichen Räumen Interessen stark gemacht. Entscheidungen im „Dunkeln“ wie Kant es formuliert, sind jedoch selten gerecht. Gerechte und demokratische Entscheidungen bedürfen der öffentlichen Diskussion und eines Raumes, in dem diskutiert werden kann.

Projekt: Aufbau einer Diskussionsplattform

Um diesen öffentlichen Raum einzufordern und zu gestalten, bündelt das Projekt „Forschungswende“ die Aktivitäten der zivilgesellschaftlichen Organisationen und vernetzt sie mit Politik und den wissenschaftlichen Organisationen. Gefördert wird es vom Bundesumweltministerium und Umweltbundesamt über zwei Jahre (08/2012 bis 07/2014). Mit dem Aufbau der Diskussionsplattform sollen Verständnis und Möglichkeiten der ZGO gestärkt werden. So trägt das Bündnis zu einer Wissenschaft und Forschung bei, die sich stärker am Gemeinwohl und den planetaren Grenzen orientiert. Ein Projektziel liegt darin, dazu beizutragen, Voraussetzungen in den Verbänden zu langfristig tragfähige Strukturen für partizipative Prozesse in der Wissenschaft aufzubauen.

Aktivitäten und Zielgruppen

Das Wissen um Prozesse, Strukturen und Handlungsspielräume im Wissenschaftssystem verleiht den Verbänden und der Zivilgesellschaft die notwendige Kompetenz, um ihre neue Rolle in der Partizipation auszufüllen. Workshops bringen den Diskurs zwischen den Organisationen voran und fördern die Vernetzung mit VertreterInnen aus der Wissenschaft. Die Vergabe von Gutachten und Studien zu strukturellen und inhaltlichen Wissenschaftsthemen erhöht die Expertise und das Capacity Building der ZGO. Die Homepage stellt Informationen rund um die Verbände und das Projekt bereit. Zusätzlich wird eine Sammlung von Studien und Links zu relevanten Forschungsthemen wie Energie, Bioökonomie oder Mobilität aufgebaut. Zum Mitmachen dient die Beteiligungsplattform Adhocracy, auf der Vorschläge und Ideen von allen Bürgern eingebracht und diskutiert werden können.

Die Plattform: Leitung & Beratung

An der Plattform beteiligen sich u.a. Umweltverbände (BUND, NABU, DNR), Entwicklungshilfe- und Gesundheitsorganisationen sowie Vertreter der Kirchen. Unterstützt wird die Plattform von Pionieren der transdisziplinären Nachhaltigkeits-Wissenschaft, die sich in der NaWis-Runde und in Ecornet organisiert haben. Die Geschäftsstelle der Plattform befindet sich bei der Vereinigung der Deutschen Wissenschaftler. Die Plattform arbeitet überparteilich und haben. Das Projekt ist verbandsübergreifend und überparteilich.

Steffi Ober (Projektleiterin)

DIESES PROJEKT WIRD GEFÖRDERT VON:



Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei den AutorInnen.

Information zu Wahlen im Rahmen der Mitgliederversammlung 2012 sowie zur Mitgliederversammlung 2013

Die Wahlen fanden im Rahmen der ordentlichen Mitgliederversammlung der VDW, am 02. Dezember 2012 in der Paulinerkirche Göttingen statt.

Neu gewählter VDW-Vorstand:

- Prof. Dr. Ulrich Bartosch, Eichstätt (Vorsitz)
- Prof. Dr. Lothar Brock, Frankfurt am Main
- Dr. Horst Feuerstein, Bereldange (Schatzmeister)
- Dr. Angelika Hilbeck, Zürich
- Prof. Dr. Uwe Schneidewind, Wuppertal
- Dr. Beatrix Tappeser, Köln

Neu gewählter VDW-Beirat:

- PD Dr. Stephan Albrecht
- Peter J. Croll
- Dr. Daniel Dahm
- Dipl.-Ing. Nikolai Fuchs
- StD. Klaudius Gansczyk
- Prof. Dr. Hartmut Graßl (Vorsitz)
- Prof. Dr. Peter Hennicke
- Prof. Dr. Ferdinand Hucho
- Prof. Dr. Martin Kalinowski
- Dr. Wolfgang Liebert
- Prof. Dr. Rudolf Prinz zur Lippe
- Dr. Steffi Ober
- Prof. Dr. Hartmut Vogtmann
- Prof. Dr. Ernst Ulrich v. Weizsäcker
- M.A. Ulrike Wunderle

Mitgliederversammlung 2013

Alle Mitglieder der VDW sind herzlich eingeladen an der Mitgliederversammlung 2013 teilzunehmen.

WO: Ev. Akademie Arnoldshain, Am Eichwaldsfeld 3,
61389 Schmitten

WANN: 6. Dezember ab 15 Uhr (direkt vor der VDW
Jahrestagung)

Weitere Informationen folgen.

Erfolgreiche Kooperation der VDW mit renommierter Hochschule zum Thema Frieden und Nachhaltigkeit

Vom 30.11. bis 02.12.2012 führte die VDW zusammen mit der Georg-August Universität Göttingen eine Fachtagung zum Thema „*Sicherung der Welternährung und Armutsbekämpfung als Herausforderung für Frieden und Nachhaltigkeit*“ durch, die äußerst erfolgreich verlief und den Grundstein für eine fortgesetzte Kooperation zwischen der VDW und der Universität Göttingen bildet. Die Tagung war zugleich in Erinnerung an Carl Friedrich von Weizsäcker und seine Gedanken zur „Weltinnenpolitik“, als auch als Auftaktveranstaltung zu einer längeren Veranstaltungsreihe der Universität zum Thema Frieden und Nachhaltigkeit konzipiert worden und versuchte in dieser Eigenschaft den Brückenschlag zur Förderung von inter- und transdisziplinärer Forschung im Angesicht der „grand challenges“ des 21. Jahrhunderts. Ein wichtiger Ausgangspunkt des Kongresses war die Beobachtung, dass Nachhaltigkeitsforschung (auch im Hinblick auf globale Ernährungssicherung) und Friedensforschung (im Sinne der Vermeidung gewalttätiger Konflikte und der Entwicklung von Konzepten zur regionalen und globalen Friedenssicherung) in ihren Zielsetzungen große Schnittstellen aufweisen, die wissenschaftliche und praktische Ausrichtung in diesen Bereichen jedoch meist fachbezogen bleibt. Anhand der exemplarischen Diskussion zur Sicherung der Welternährung und Bekämpfung weltweiter Armut hatte der Kongress daher zum Ziel, fächerübergreifende Perspektiven zu entwickeln und darüber hinaus Impulse für neue – interdisziplinäre – Forschungsansätze zu setzen.

An drei aufeinanderfolgenden Konferenztagen nahmen insgesamt ca. 700 Teilnehmerinnen und Teilnehmer an den Vorträgen, Diskussionsforen und Podiumsdiskussionen teil, unter ihnen über 300 Studierende und NachwuchswissenschaftlerInnen, Expertinnen und Experten sowie Interessierte aus der Zivilgesellschaft. Damit handelt es sich um die bisher größte von der VDW mitgetragene Konferenz. Insbesondere die große Resonanz der Tagung in der Studierendenschaft war der VDW wichtig, denn die Teilnahme am Kongress sollte den Studierenden Einblick in kontroverse Forschungskonzepte und aktuelle wissenschaftliche Diskurse geben, ihnen aber insbesondere die gesellschaftliche Relevanz ihrer wissenschaftlichen Ausbildung bzw. zukünftigen Berufsfeldes vor Augen führen. Um eine möglichst breite Debatte zu ermöglichen, sollte die Tagung unterschiedliche wissenschaftliche Schulen und Konzepte zusammenführen und Diskurse ermöglichen, wie komplexe globale Fragen durch eine nachhaltigkeits- und friedensfördernde Forschung effektiv behandelt werden können.

Nachhaltiges Konzept der Tagung ermöglichte transdisziplinären Austausch und erweckte über Wissenschaftskreise hinaus Interesse

Die hinter der Tagungskonzeption stehende Idee, zunächst mit einführenden Vorträgen zu ausgewählten Themenblöcken verschiedene Perspektiven aufzuzeigen und zugleich eine gemeinsame Wissensbasis zu schaffen, um in nachfolgenden thematisch angelegten Foren gemeinsam zu diskutieren, erwies sich als erfolgreich. Die in den Mittelpunkt der Konferenz gestellte Inter- und Transdisziplinarität des wissenschaftlichen Denkens und Forschens, dass den erforderlichen gesellschaftlichen aktiv begleiten soll, konnte hier erprobt werden – und stieß auch teilweise an ebenjene disziplinäre Grenzen, die es zukünftig für erfolgreiche Perspektivenwechsel noch zu überwinden gilt. Auch ein erster unmittelbarer Transfer der Tagungsinhalte an eine interessierte Öffentlichkeit gelang mit der sehr gut besuchten öffentlichen Abendveranstaltung, die sich in Form eines Streitgesprächs der Frage „Wer ernährt die Welt?“ widmete und die vom *NDR info* aufgezeichnet und zeitversetzt übertragen wurde.

Der Erfolg des Kongresses ist umso höher einzuschätzen, da der Kongress zugleich die Auftaktveranstaltung zu einer längeren Tagungsreihe zum Thema Frieden und Nachhaltigkeit an der Georg-August-Universität Göttingen darstellte. Diese Tagungsreihe wird vom 22. – 24. November 2013 mit einer Konferenz zum Thema „Zukunft Nachhaltigkeit – Verantwortung für eine begrenzte Welt“ weitergeführt. Auch die Folgekonferenz wird gemeinsam von der Universität Göttingen und der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler durchgeführt werden.

Strategische Bedeutung der Konferenz für die Kooperationspartner

Für die Universität Göttingen hatte der Kongress neben dem unmittelbaren Erfolg weiterreichende Konsequenzen. So löste die Tagung einen universitätsinternen Prozess zu Fragen über die Zukunftsfähigkeit der Universität Göttingen aus. Dieser schlägt sich vor allem in einer Debatte über die konkreten Inhalte einer zukunftsfähigen Forschung, die mit den Prinzipien der Nachhaltigkeit und des Friedens vereinbar sein sollen, sowie über die Implementierung solcher Forschung und Lehre nieder. Hierzu hat der Senat der Universität Göttingen eine Kommission ins Leben gerufen, die sich mit ebendiesen Fragen gezielt auseinandersetzen soll. Um die Studierenden von Anfang an aktiv in diesen Transformationsprozess zur strategischen Ausrichtung der Universität einzubinden, wurde ein zum Thema ein Studentischer Arbeitskreis gegründet. Dieser hat sich auch zum Ziel gesetzt, den Studierenden die Themen Nachhaltigkeit, Friedensforschung, Zukunftsfähigkeit und Verantwortung in der Wissenschaft in ihre Transdisziplinarität näher zu bringen, in dem fakultätsübergreifend gemeinsame Veranstaltungen organisiert werden sollen.

Auch für die VDW ist diese Form fortgesetzter Kooperation mit einer der großen, renommierten Hochschulen ein Novum. Durch solche Kooperationen kann die VDW ihren Anspruch, zivilgesellschaftliche Transformationsprozesse aktiv zu begleiten sowie verantwortliches wissenschaftliches Handeln zu befördern, umsetzen und zugleich die nachfolgenden Generationen für diese Thematiken sensibilisieren. Die gelungene Einbindung der Öffentlichkeit und Medien (Rundfunkübertragung) trug zur erfolgreichen Umsetzung des VDW'schen Selbstverständnisses, die Zivilgesellschaft aktiv in ihrer Entwicklung zu fördern und insbesondere ihr Verständnis für wissenschaftlich-ethisch verantwortliches Handeln zu stärken, maßgeblich bei.

VDW-Studiengruppe Forschungspolitik: erfolgreicher Workshop

Am 21.02.2013 führte die Studiengruppe Forschungspolitik einen gut besuchten Workshop zu „Wettbewerbsgedanken in der Forschung“ durch. Ziel der Veranstaltung war es, den Diskurs über die Anforderungen an die nachhaltige Forschungspolitik insbesondere zwischen der Wissenschaft und der Politik zu fördern. Eines der Ergebnisse der Diskussion war die Feststellung, dass Forschungs- bzw. Wissenschaftspolitik zwei Subjekte anspricht: einerseits die Politik auf Bund- und Länderebene, andererseits die Wissenschaft selbst, die Teile der F&W-Politik aktiv gestaltet. Ein mögliches Papier der VDW zur „Wettbewerbsgestaltung in der Forschungs- und Wissenschaftspolitik“ sollte in seinen Forderungen und Vorschlägen nach diesen beiden Adressaten unterscheiden. Die Studiengruppe wird sich weiter mit dieser Thematik auseinandersetzen.

Neue Veranstaltungsreihe: VDW Friedensgespräche

Am 16. April 2013 führte die VDW die erste Veranstaltung der neuen Reihe „*VDW Friedensgespräche*“ durch. Im Mittelpunkt stand die kritische Auseinandersetzung mit der zunehmenden Entwicklung und Einsetzung von unbemannten und teils bewaffneten Drohnen, womit die VDW bewusst der Aufforderung des Verteidigungsministers De Maizière entsprach, der eine gesellschaftliche Debatte über Relevanz und Stellung der Bundeswehr in Deutschland befördern möchte.

Gemäß der Tradition der VDW werden die *Friedensgespräche* ohne eine vorherige Festschreibung bestimmter Positionen, also wissenschaftlich und umfassend, jedoch aus einem rüstungskritischen Selbstverständnis heraus, geführt. Die Themenwahl der Friedensgespräche orientiert sich an friedenspolitischen aktuellen Thematiken.

Sogenannte „Unmanned [Combat] Aerial Vehicles“ (U[C]AV) haben in den vergangenen Jahren aus militärstrategischer Perspektive rasant an Bedeutung gewonnen. Der zunehmende Einsatz von UAVs und UCAVs hat weitreichende Folgen für die derzeitige Kriegsführung, aber auch gesellschaftliche und psychologische Folgen – sowohl in den Gesellschaften, die über Drohnen verfügen können, als auch in denjenigen Gesellschaften, die Opfer solcher „Drohnenkriege“ werden. Einige dieser Auswirkungen und Bedeutungen von Drohnen wurden im Rahmen des VDW Friedensgespräches unter reger Beteiligung der Teilnehmenden diskutiert. Als Grundlage der Diskussion dienten Vorträge von Prof. Dr. Neuneck (IFSH), der zu den Proliferationsrisiken der Drohnen-Technologie referierte, Dr. Linnenkamp (Stiftung Wissenschaft und Politik), Oberst von Roeder (Bundesministerium der Verteidigung), Prof. Dr. Heintze (Universität Bochum), der die juristische Perspektive behandelte, sowie Dr. Schörnig (HSFK) und Herr Braun (Kooperation für den Frieden), die die Sichtweisen der Friedensforschung bzw. Friedensbewegung zum Thema vorstellten.

Zur Bedeutung von Drohnen aus militärischer Perspektive referierte Herr Oberst von Roeder. Bei der Drohne an sich handle es sich nicht um eine Waffe, sondern – auch bei den UCAVs – um ein „Trägersystem“ (beispielsweise für Raketen). Die kontinuierliche Aufklärungs- und Überwachungsarbeit durch Drohnen würden maßgeblich zum Schutz der Soldaten während eines Einsatzes beitragen, da immer aktuellste Lagebilder verfügbar wären und durch präzisen Einsatz „Kollateralschäden“ minimiert würden. Nach Aussage der Bundeswehr werden Drohnen nur unter Einhaltung der sechs Grundprinzipien des humanitären Völkerrechts in bewaffneten Konflikten eingesetzt, was in logischer Konsequenz ausschließlich zu verbesserter Kriegsführung (sowohl hinsichtlich der Erfolgsquote militärischer Einsätze als auch hinsichtlich humanitärer Aspekte wie beispielsweise Schutz der Zivilbevölkerung und ziviler Objekte) führen müsste.

Prof. Dr. Heintze beleuchtete im Anschluss juristische Aspekte des Drohneinsatzes, wobei er insbesondere die inhärente Problematik der Ausdehnung des „Schlachtfeldes“ über Zeit und Ort des bewaffneten Konflikts hinaus zu den Einsatzzentralen der Steuerungszentralen thematisierte. Dr. Linnenkamp hob in seinem Vortrag die ethisch äußerst problematische Entwicklung hin zu UCAVs hervor, die einhergeht mit einer immer weiterreichenden Automatisierung und Autonomisierung der Plattform Drohne. Obwohl bewaffnete Drohnen prinzipiell nicht gegen die Kriterien des Humanitären Völkerrechts verstoßen würden, sollte die „technologische Fähigkeit, Kollateralschäden zu vermeiden [...] nicht den Gewalteininsatz selbst“ rechtfertigen (Dickow, Marcel / Linnenkamp, Hilmar: Kampfdrohnen – Killing Drones. Ein Plädoyer gegen die fliegenden Automaten, SWP-Aktuell 75, Dez. 2012, S. 3). Die immer weiter voranschreitende Technologisierung solcher Plattformen bedeutet zunehmend automatisierte Entscheidungsprozesse auf der Basis von Daten, die vom Menschen in Echtzeit gar nicht mehr ausgewertet werden können, was die Rolle des menschlichen Akteurs zwangsläufig verändert, indem er zum „bloßen Beobachter und Bestätiger einer von Maschinen festgelegten Vorgehensweise“ (Dickow/ Linnenkamp 2012., S. 5) degradiert wird. Im Sinne einer präventiven Rüstungskontrolle plädierte Linnenkamp für die Ächtung der Entwicklung, Beschaffung und des Einsatzes von „autonom agierenden Waffenträgern“ (Dickow/ Linnenkamp 2012., S. 6) wie den UCAVs.

Allerdings scheint die internationale Bereitschaft zum Verzicht auf UAVs und UCAVs sehr gering zu sein, wie Dr. Schörnig in seinem Vortrag feststellte. Daraus ergebe sich zwangsläufig die Frage, ob ein kompletter Verzicht auf diese Technik gefordert werden solle, oder ob es nutzbringender (da erfolgsversprechender) sei, „nur“ auf eine Einhegung zu drängen.

Schon der vormittägliche Programmteil beinhaltete spannende Diskussionen, die am Nachmittag in der Podiumsrunde mit den Parlamentariern Rainer Arnold (SPD), Agnieszka Brugger (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN), Roderich Kiesewetter (CDU) und Christoph Schnurr (FDP) sehr erfolgreich fortgesetzt wurde. Die einzelnen Positionsbestimmungen der Abgeordneten waren durchweg von Nachdenklichkeit bezüglich des Einsatzes von Drohnen und deren zunehmende Automatisierung und Robotisierung bestimmt.

Insgesamt war die erste Veranstaltung im Rahmen der neuen Reihe der VDW Friedensgespräche ein großer Erfolg. Sie war überdurchschnittlich gut besucht und geprägt von abwechslungsreicher Diskussion. Hierauf aufbauend wird sich das nächste VDW Friedensgespräch mit dem Thema „Automatisierung und Robotisierung von Militärtechnologien“ auseinandersetzen. Informationen hierzu werden auf der Internetpräsenz der VDW (www.vdw-ev.de) veröffentlicht.

Julia Pippig (VDW)